

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Buchhandlungen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich, frei Haus 2,50 RM. (Halbmonatlich 1,25 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2,20 RM. (ohne Aufstellungsgeld) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. B. G., Dresden-Alt. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 690, Dresdener Verlagsgesellschaft
Schiffverteilung: Dresden-Alt. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltenen Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Anzeigenzeile einschließlich an dem dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Einzelzeilen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt. Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 4. Juli 1928 Nummer 154

Das Regierungsprogramm des Trustkapitals

Die Volkspartei diktiert / Auf Amnestie „darf man hoffen“ / Eine geringe Steuerermäßigung „soll geprüft“ werden

Hermann Müllers Regierungserklärung

Von unserem Berliner Mitarbeiter
Berlin, 3. Juli 1928.

Hermann Müller hat dem Reichstag die Regierung der Persönlichkeiten ohne „Koalitionsmäßige Grundlagen“, wie er sie in seiner Regierungserklärung ausdrücklich bezeichnete, vorgestellt und anschließend das Programm dieser Regierung vorgetragen.

Das Regierungsprogramm Hermann Müllers bestätigt vollinhaltlich, was von der kommunistischen Presse seit dem Koalitionsschacher des sozialdemokratischen Parteivorstandes immer wieder festgestellt worden ist. Nicht Hermann Müller, nicht Severing, nicht die Sozialdemokratie hat den Inhalt dieses Programms diktiert, sondern die Parteien, die bisher mit den Deutschnationalen in der Regierung des Bürgerblocks saßen, die Deutsche Volkspartei und das Zentrum. Die Sprache der Regierungserklärung, soweit es sich um die Fragen der imperialistischen Außenpolitik, um die Fortführung der kapitalistischen Rationalisierung, um die weitere verstärkte Ausplünderung der Arbeiterklasse handelt, war die Sprache der Generaldirektoren der Trustkongerne. Soweit Hermann Müller der deutschen Arbeiterschaft in seiner Regierungserklärung etwas sagen durfte, waren es „Wünsche“ und „Erwartungen“, „Erwartungen“ und „Hoffnungen“. Zu den Fragen aber, die für die deutsche Arbeiterschaft, für die gesamte werktätige Bevölkerung Lebensfragen schlechthin geworden sind, durfte Hermann Müller als derzeitiger Reichskanzler überhaupt nichts sagen. So diktiert es Volkspartei und Zentrum — und der Sozialdemokrat, Hermann Müller, als getreuer Schiffsnappe der Koalitionsparteien parierte ohne jeglichen Widerspruch.

Die Regierungserklärung, die gestern Hermann Müller mit wirkungslosem Pathos dem Reichstag vorgetragen hat, hätte ebenjotig Marx, Stresemann oder ein anderer Vertrauensmann des Trustkapitals vorlesen können. Der Gesamteindruck, den die Regierungserklärung hinterließ, war der: Es bleibt alles, wie es bisher war. Der Kurs der Bürgerblockregierung wird fortgesetzt; nur mit dem Unterschiede, daß die Sozialdemokratie aus der Position der „loyalen Opposition“ in die Position der „positiven Mitarbeit“ hinübergewechselt ist und daß nicht mehr der Zentrumskanzler Marx verantwortlich für die Politik der Regierung zeichnet, sondern der sozialdemokratische Parteivorsitzende Hermann Müller.

Der außenpolitische Kurs, d. h. der Kurs des neudeutschen Imperialismus, dessen Ziel die restlose Eingliederung Deutschlands in die Antilowjet-Front ist, wird — so erklärte Hermann Müller einleitend — auf der ganzen Linie beibehalten werden. Hermann Müller vermißte jedes Wort über das zukünftige Verhältnis Deutschlands zur Sowjetunion. Dafür wiederholte er die allbekanntesten sozialdemokratischen Phrasen vom Völkerverbund als „wichtigsten Faktor der internationalen Verständigung“, von der Abrüstung im internationalen Maßstab usw. Auch innenpolitisch wird die neue Regierung der Persönlichkeiten — wie das Hermann Müller ausdrücklich bestätigte, die Linie der bisherigen Regierung, des Bürgerblocks fortsetzen. Severing bietet dafür die Gewähr. Im einzelnen forderte Hermann Müller die „Vertiefung der weltwirtschaftlichen Beziehungen Deutschland“, anerkannte vorbehaltlos die Beschlässe der Genfer Wirtschaftskonferenz — „wie das auch von der bisherigen Regierung geschehen sei“ — zog sich in der Stellungnahme zur Zollfrage auf die „Notwendigkeit internationaler Vereinbarungen“ zurück und sprach sich austragsgemäß für die Notwendigkeit der Fortführung der kapitalistischen Rationalisierung aus. Nach diesem umfassenden Bekenntnis für die kapitalistische Wirtschaftspolitik, das der Feder des volksparteilichen Wirtschaftsministers Curtius entsprungen ist, durfte Hermann Müller einige phrasenreiche Bemerkungen zu den sozialdemokratischen Wählermäßen machen. Nachdem er sich für die kapitalistische Rationalisierung ausgesprochen hatte, sprach er anschließend von der Notwendigkeit der Sicherung eines „angemessenen Reallohnens“ für die Arbeiter und erklärte, daß die Regierung „beabsichtigt“, das Washingtoner Abkommen zu ratifizieren und eine Regelung der Arbeitszeit auf der „Grundlage“ des Achtstundentages anstrebt. Das war alles, was Hermann Müller zur Frage des „Reallohnens, der Arbeitszeit“ zu sagen hatte. Es sind dieselben Redensarten, deren sich schon Brauns als Arbeitsminister des Bürgerblocks bediente. Zur Frage der Schlichtungspraxis, der Unterstützung der Erwerbslosen, der Beseitigung der Lohnsteuer fand

Wahlrechtsreform im Sinne der Forderungen der Volkspartei, die endgültige Regelung des Reichsschulgesetzes, entsprechend den Forderungen des Zentrums an und bestätigte auch in diesen Fragen die völlige Unterwerfung unter das Diktat der bisherigen Bürgerblockparteien. Diese Unterwerfung unterstrich Hermann Müller insbesondere noch in der Stellungnahme zur Wehrmacht, als deren vornehmste Aufgabe er die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern bezeichnete. Dagegen vermißte wiederum Hermann Müller sich in der Frage der Amnestie der politischen Gefangenen zu entscheiden. Er appellierte an den Reichstag und den Rechtsausschuß, die Beratung der vorliegenden

Anträge beschleunigt durchzuführen, ohne ein Wort über den Standpunkt der Regierung zur Amnestie selbst zu verlieren.

Die Regierungserklärung Hermann Müllers signalisiert die Fortführung des arbeitserfindlichen Kurs der Bürgerblockregierung auf der ganzen Linie. Die Sozialdemokratie hat die Funktion des Hausnechtes der Trustbourgeoisie gegenüber der Arbeiterschaft übernommen. Darauf kann es nur eine Antwort der Arbeiterschaft geben: Verstärkung der Kampffront gegen Kapitaloffensive und Koalitionspolitik für die Herausbildung des Kampfblocks der Werktätigen unter Führung der Kommunistischen Partei!

Mißtrauensantrag der Kommunisten

Berlin, 4. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat den nachstehend auszugewiesenen Misstrauensantrag gegen die Regierung eingebracht:

„Das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 20. Mai ist eine schwere Niederlage für die Bürgerblockregierung und die Bürgerblockparteien. Die arbeitende Bevölkerung hat durch ihre Stimmenabgabe nicht nur ein vernichtendes Urteil über die Bürgerblockpolitik gefällt, sondern gleichzeitig entschieden ihren Willen zum Kampf für ihre Lebensinteressen zum Ausdruck gebracht. Die Erklärung des Reichskanzlers Hermann Müller beweist klar und eindeutig, daß auch diese Regierung sich völlig in den Händen des Trustkapitals befindet und die Politik der Bürgerblockregierung zur Befestigung ihrer Klassenherrschaft und zur weiteren Unterdrückung der Arbeiterklasse fortsetzen wird. In allen

Lebensfragen der Werktätigen aber, in der Frage der Arbeitszeit, der Schlichtungsordnung, des Reallohnens, der Massen Steuern und Wucherzölle, des Elends der Erwerbslosen, der Wohnungsnot usw., soll und wird alles beim alten bleiben und darüber hinaus die kapitalistische Offensive mit ihrer Rationalisierungspolitik mit all ihren gefährlichen Folgen für die Arbeiterschaft in noch größerem Ausmaß durchgeführt werden. Der einzige Unterschied gegenüber der Bürgerblockregierung ist, daß an Stelle des Zentrumsführers Marx der sozialdemokratische Parteivorsitzende Hermann Müller getreten ist und jetzt die Sozialdemokratie die offene Verantwortung für die arbeitserfindliche Politik der Regierung übernimmt. Deshalb wolle der Reichstag beschließen: Die Regierung Hermann Müller besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags.“

Gilberbergs Geschäftsführer stellt sich vor

Der Aufsichtsrat der Firma Silberberg u. Co. — besser bekannt unter der volkstümlichen Bezeichnung Reichstag des Deutschen Republik — trat gestern zu einer einstündigen Sitzung zusammen. Gienow und Trübner waren trotz der Hitze vollbesetzt. Präsident Löbe verlas die Namen der mühsam zusammengemüllerten Reichstagsfraktionen, von den Kommunisten mit dem treffenden Jurat:

„Lauter Namen, aber keine Köpfe!“ begrüßt. Dann erhob sich der neuernannte Geschäftsführer belegter G. m. b. H., um das Geschäftsprogramm des Firmenhalters Silberberg vorzulesen. Regierungserklärung wäre zu viel gesagt für eine Aneinanderreihung von „Erwägungen“, „Überlegungen“, „Aufmerksamkeit“ und den berühmten „einerseits—andererseits!“ Auf die politische Bedeutung der Ausführungen Hermann Müllers kommen wir an anderer Stelle zurück.

Der schon stiftete Schmus des mit Respekt zu vermeldenden Reichskanzlers — „er sieht aus, wie ein Tristogenereisenber“, bemerkte ein bürgerlicher Journalist — wurde durch die kommunistische Fraktion durch heisere Zwischenrufe gestört. Genosse Leow legte bei Beginn der Erklärung unter großer Heiterkeit ein Stück Wahlkarte auf den Tisch des Danies. Schließlich wurde Herr Müller so nervös, daß er sich mehrmals zu direkten Ermüdungen hinsetzen ließ, während Paul Löbe dem Genossen Torgler einen Ordnungsruf erteilte.

Wortlaut der Regierungserklärung

Reichskanzler Hermann Müller-Franken

Der Wahlkampf hat bewiesen, daß das Reich nach den schweren Nachkriegsjahren in eine Periode ruhiger Entwicklung getreten ist. Beruht die neue Reichsregierung auch nicht auf koalitionsmäßiger Grundlage, so hat sie doch die Zustimmung der in Betracht kommenden Parteien gefunden. Außenpolitisch erstreben wir friedliche Verständigung (Jurat bei den Kommunisten: Panzerkreuzer!), mit dem Ziel, Deutschland gleichberechtigte Stellung unter den Nationen zu sichern. Die Räumung der noch besetzten Gebiete wird erstrebt, um ein wirkliches Vertrauensverhältnis zwischen den Völkern zu erreichen. Deutschland hat als erster Staat dem Kriegsdienstverweigerer ohne Vorbehalt zugestimmt. Die nächste Tagung des Völkerverbundes wird mit dem unumgänglichen Zustand befaßt, daß das völlig entwaffnete Deutschland sich inmitten von bis an die Zähne bewaffneten Ländern befindet. (Jurat bei den Kommunisten: Betreffs der Reparationen ist eine baldige Herabführung der Entlastung wünschenswert. Handelsverträge mit den Nachbarländern sieht die Regierung als ihre wesentliche Aufgabe an.) Zur Beeinfachung der Preispolitik...

Trübe. Ihre Eingriffe auf diesem Gebiet wird die Regierung aber nur auf das unbedingt notwendige Maß beschränken. Betreffs der Verhältnisse im Steinkohlenbergbau wird sie beim ökonomischen Komitee des Völkerverbundes an der Klärung dieses internationalen Problems mitarbeiten. (Jurat: Hansmann, geh du voran!) — Im weiteren kündigt der Reichskanzler Vorlagen der Handwerkerkassette und Abgelung der Berufsausbildung des Nachwuchses in Industrie usw. an. In der Landwirtschaft soll geprüft werden, inwieweit eine Entlastung und gerechte Verteilung der öffentlichen Abgaben erreicht werden kann.

Sozialpolitisch soll die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens erfolgen, desgleichen ein Bergarbeitergesetz gemäß dieses Abkommens. Die Arbeitslosenversicherung kann sich erst in Zukunft voll auswirken. Die Krisenunterstützung für ältere Angehörige und Arbeiter soll verlängert werden. Desgleichen ist eine Prüfung beabsichtigt, inwiefern rückständige Entlastung älterer Angestellten geteilt werden kann. (Stürm. Unterbrechungen der Kommunisten.)

Besserung des Lohes der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen sowie der Kleinrentner entspricht dem einmütigen Empfinden des deutschen Volkes. (Jurat: Allgemeiner Schmus!) Bei den Maßnahmen gegen die Wohnungsnot sind die Kinderbedürfnisse, die Kindererziehung sowie die Kriegsoffer besonders zu berücksichtigen. (Jurat: Sie wohnen ja im Reichskanzlerpalais!) Die Grundlage unseres Staatsaufbaues ist die Weimarer Verfassung. Die Regierung wird lehr eine Initiativvorlage über den Verfassungszustand einbringen. Desgleichen wird sie ihre Aufmerksamkeit der Schaffung eines neuen Reichsbeamtengesetzes zuwenden, ebenso einer Wahlrechtsreform. In der Schulpolitik eine Lösung im Sinne der „Hebung und Verbesserung des hochwertigen deutschen Schulwesens“ anzustreben, die Pflege der körperlichen, geistigen und sittlichen Gesundheit des deutschen Volkes zu gewährleisten, wird nach wie vor erste Sorge der Reichsregierung sein.

Die Wehrmacht wird den Schutz der Grenzen und Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern nur bei rein vaterländischer und überparteilicher Einstellung erfüllen können. (Jurat: Ara, ara, ara!) Bei der Strafrechtsreform soll vor allem die Todesstrafe beseitigt werden. Betreffs der Amnestieanträge hofft die Regierung, daß die Prüfung nach vor dem Auswärtigenamt des Reichstages erfolge. Steuerpolitisch wird zu prüfen sein.

Ob eine mögliche Senkung in den unteren und mittleren Einkommenssteuern durchführbar erscheint. Erst im Herbst wird man sich hierüber ein Urteil bilden können. Größte Sparlichkeit im Haushalt ist unbedingt erforderlich. (Jurat bei den Kommunisten: Darum baut Panzerkreuzer!) Das Verhältnis zwischen Reich und Länder behält eine gewisse